

STELLUNGNAHME

Zur Sicherheitsplattform Strom

Krisenvorsorge ja. Staatlich verwalteter Strommangel nein.

Langfassung

Gesamtstatement von Andrea Thoma-Böck, Präsidentin der Initiative Zukunft Wirtschaft Deutschland e. V.

Selbstverständlich braucht ein Staat belastbare Notfallpläne. Strom ist die Grundlage von Krankenhäusern, Wasserversorgung, Kommunikation, Verkehr, öffentlicher Sicherheit und der gesamten industriellen Produktion. Auf Cyberangriffe, Sabotage, Naturkatastrophen oder technische Großstörungen nicht vorbereitet zu sein, wäre fahrlässig.

Dass Deutschland bislang offenbar keine zentrale Plattform besaß, über die Behörden, Netzbetreiber und Großverbraucher im Ernstfall koordiniert handeln können, ist eher erstaunlich als kritikwürdig. Eine solche Krisenvorsorge hätte es längst geben müssen.

Doch notwendige Krisenvorsorge darf nicht als sprachlicher Beruhigungsteppich über ein strukturelles Versorgungsproblem gelegt werden.

Die Sicherheitsplattform Strom ist jedoch keine allgemeine Krisenplattform für beliebige Störungen. Ihr konkreter Zweck ist es, bei einer sich abzeichnenden Strommangellage verpflichtende Lastreduzierungen zu ermitteln, anzuordnen und an die betroffenen Unternehmen zu übermitteln. Sie beseitigt den Mangel nicht – sie organisiert seine Verteilung.

Die vorliegenden Unterlagen von Bundesnetzagentur und Amprion beschreiben die Sicherheitsplattform Strom ausdrücklich als Kommunikationsinstrument des Bundeslastverteilers für eine persistente Strommangellage oder Krisensituation. Vorgesehen sind verpflichtende Lastreduzierungen mit einem Vorlauf von 24 bis 72 Stunden, die mehrere Tage bis Wochen dauern können.

Das ist keine gewöhnliche Datenbank und kein punktueller technischer Notfallprozess. Es ist ein Instrument für den Fall, dass die verfügbare Strommenge nicht mehr ausreicht und der Staat die Last verteilen muss.

Wir behaupten keine akute Stromkrise. Die Aussage, die Stromversorgung sei heute sicher, beantwortet jedoch nicht die entscheidende Frage:

Wird auch morgen zu jeder Stunde ausreichend gesicherte Leistung verfügbar sein?

Amprion warnt, dass der marktseitige Versorgungssicherheitsstandard im Mittel der betrachteten Szenarien bereits ab 2028 nicht mehr eingehalten wird. Bis 2035 werden knapp 40 Gigawatt zusätzliche Kraftwerkskapazität benötigt, um den Standard zu halten. Der erste angekündigte Ausschreibungsschritt umfasst zwölf Gigawatt; der Gesamtbedarf bleibt deutlich höher.

Im Kern ist die Sicherheitsplattform Strom kein Instrument zur Verhinderung von Strommangel, sondern zu dessen staatlicher Bewirtschaftung.

Eine Krisenplattform kann eine Mangellage geordnet bewältigen. Sie kann fehlende gesicherte Leistung nicht ersetzen.

Erst abschalten. Dann flexibilisieren. Am Ende rationieren.

Kein Unternehmer würde eine funktionierende Produktionsanlage stilllegen, bevor der Ersatz zuverlässig läuft. Deutschland hat genau das mit seinem Energiesystem getan.

Die letzten Kernkraftwerke wurden abgeschaltet. Der weitere Kohleausstieg wird vorbereitet. Die neuen Gaskraftwerke wurden jahrelang angekündigt, sind aber noch nicht in ausreichender Zahl verfügbar. Gleichzeitig soll der Strombedarf durch Elektrifizierung, Wärmepumpen, Elektromobilität, Wasserstoff, Digitalisierung, Rechenzentren und künstliche Intelligenz deutlich steigen.

Die politische Reihenfolge lautet damit: gesicherte Leistung abschalten, ausreichenden Ersatz verschleppen, den Strombedarf erhöhen, die Industrie zur Flexibilisierung drängen – und schließlich eine Plattform schaffen, um knappen Strom staatlich zu verteilen.

Wenn man ein Drehbuch für Wohlstandsvernichtung schreiben wollte, sähe es genau so aus.

Installierte Gigawatt sind keine Versorgungssicherheit

Wind und Sonne gehören in einen ausgewogenen Energiemix. Aber hohe installierte Leistungen und hohe Jahresanteile sagen noch nichts darüber aus, ob Strom im entscheidenden Moment verfügbar ist. Stromversorgung funktioniert nicht im Jahresmittel. Erzeugung und Verbrauch müssen in jeder Sekunde im Gleichgewicht sein.

In wind- und sonnenarmen Morgen- und Abendstunden decken Wind und Photovoltaik oft nur wenige Prozent der Stromlast. Die Differenz müssen Kohle, Gas, andere steuerbare Quellen und Importe ausgleichen.

Speicher können Energie zwischenspeichern und zeitlich verschieben, aber keinen Strom erzeugen. Sie sind kein Kraftwerk. Kurzzeitspeicher gleichen Schwankungen über Minuten oder Stunden aus, ersetzen aber keine jederzeit verfügbare Erzeugung während mehrtägiger Dunkelflauten.

Entscheidend ist nicht die Nennleistung auf dem Papier, sondern ob jederzeit bedarfsgerecht ausreichend gesicherte Leistung und über die erforderliche Dauer genügend Energie verfügbar sind – unabhängig von der jeweiligen Wetterlage. Leistung entscheidet über den Moment. Energie über die Dauer. Kilojoules matter.

Einseitige Ernährung macht krank. Einseitige Energiepolitik auch.

Deutschland hat über Jahrzehnte enorme Summen in wetterabhängige Erzeugung, Fördermechanismen, Netze und immer neue Systemeingriffe gelenkt – und gleichzeitig gesicherte Leistung abgebaut. Nach 25 Jahren Förderung muss die Frage erlaubt sein, warum das Ergebnis nicht eine jederzeit sichere und bezahlbare Versorgung ist, sondern die Vorbereitung staatlicher Lastverteilung.

Mit 18 gilt man als erwachsen. Nach 25 Jahren muss auch ein Fördersystem zeigen, dass es ohne staatliche Vollkaskoversicherung bestehen und Verantwortung für seine Systemkosten übernehmen kann. Der weitere Ausbau wetterabhängiger Erzeugung muss marktwirtschaftlich, netzdienlich und systemgerecht erfolgen.

Die Energiewende ist zunehmend zum Negativbeispiel für die Vergemeinschaftung von Systemkosten und -risiken bei gleichzeitiger Privatisierung der Erträge geworden.

Die Energieversorgung muss der Produktion folgen – nicht die Produktion dem Wetter

Flexibilität ist sinnvoll, wo sie technisch und wirtschaftlich möglich ist. Unternehmen nutzen Speicher, verschieben Wartungen oder passen einzelne Prozesse an Preisverläufe an. Das ist unternehmerische Optimierung.

Aber eine Gießerei, eine Schmelze, eine Galvanikanlage, ein chemischer Prozess, ein Reinraum oder eine komplexe Fertigung sind keine App, die sich beliebig aus- und wieder einschalten lässt. Produktion richtet sich nach Kundenaufträgen, Qualitätsanforderungen, Lieferketten und den Arbeitszeitmodellen der Beschäftigten – nicht nach Wind und Sonne.

Freiwillige Flexibilität optimiert ein funktionierendes System. Erzwungene Produktionsreduzierung kompensiert ein nicht ausreichend abgesichertes System.

Flexibilisierung kann Spitzen glätten. Sie kann fehlende gesicherte Leistung nicht ersetzen. Wird sie zur Voraussetzung dafür, überhaupt noch produzieren zu können, ist sie kein Fortschritt mehr. Sie ist die politische Anerkennung des Mangels.

In einer Industrienation muss sich das Energieangebot nach der Nachfrage richten – nicht die Produktion nach dem schwankenden Stromangebot.

Strom ist inzwischen zum doppelten Wetterprodukt geworden: Erst bestimmt das Wetter, was Produktion kostet. In einer Mangellage entscheidet es künftig mit darüber, ob überhaupt produziert werden kann.

Extreme Preisschwankungen, negative Preise bei Überschuss und hohe Preise in wind- und sonnenarmen Stunden sind kein Beweis für eine akute Energiemangellage. Sie zeigen aber, wie stark das System bereits von Wetter, steuerbaren Kapazitäten und Importmöglichkeiten geprägt wird.

Der Staat verteilt den Mangel – und privatisiert dessen Schäden

Unternehmen können heute in unterschiedlichen Instrumenten freiwillig Flexibilität bereitstellen; einzelne Modelle werden vergütet. Die Sicherheitsplattform Strom hat jedoch eine andere Qualität: Im EnSiG-Fall kann die Bundesnetzagentur als Bundeslastverteiler verpflichtende Lastreduzierungen anordnen.

Auf die ausdrücklich gestellte Frage nach Schadensersatz für Produktionsausfälle wurde nach den uns vorliegenden Unterlagen erklärt, das Energiesicherungsgesetz sehe grundsätzlich keine Entschädigung vor. Das Untersagen der Produktion werde nach Auffassung der Bundesnetzagentur nicht als Enteignung eingeordnet und sei deshalb grundsätzlich nicht schadensersatzfähig.

Damit verteilt die Bundesnetzagentur im Ernstfall die knappe Energie. Die betroffenen Unternehmen tragen Produktionsausfälle, Ausschuss, Vertragsstrafen, mögliche Anlagenschäden und die Folgen für ihre Lieferketten.

Der Staat verlagert das Risiko eines unzureichend abgesicherten Stromsystems in die Unternehmen – und lässt dort die realwirtschaftlichen Kosten entstehen.

Aus einem systemischen Versorgungsrisiko wird ein Bilanzrisiko der Betriebe.

Das vorrangige Ziel muss deshalb sein, strukturell verursachte Produktionsdrosselungen durch ausreichend gesicherte Leistung zu verhindern. Für echte Krisenfälle müssen Kriterien, Verfahren und der Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen vorab rechtssicher geklärt sein.

Ein verheerendes Signal an Unternehmen und Investoren

Der Standortnachteil Deutschlands besteht längst nicht mehr nur in hohen Energiepreisen, Steuern und Bürokratie. Unternehmen müssen sich inzwischen zusätzlich fragen, ob sie künftig überhaupt dann produzieren können, wenn Kunden bestellen, Mitarbeiter arbeiten und Anlagen laufen.

Investoren lesen keine Sonntagsreden. Sie lesen Strompreise, Netzanschlüsse, Verfügbarkeit und Abschaltisiken.

Ein Industriestrompreis hilft wenig, wenn gleichzeitig Strukturen geschaffen werden, um Produktion im Mangelfall herunterzufahren. Eine subventionierte Kilowattstunde, die im entscheidenden Moment nicht zur Verfügung steht, schafft keine Wertschöpfung.

Energie ist das Lebenselixier jeder Volkswirtschaft. Energieverfügbarkeit, Produktivität, Wertschöpfung und Bruttoinlandsprodukt hängen eng zusammen. Es gibt keine erfolgreiche energiearme Industrienation. Kein Land ist wirtschaftlich stark geworden, indem es seinen produktiven Energieverbrauch politisch begrenzt und den Mangel anschließend verwaltet.

Der Widerspruch wird immer größer: Deutschland will elektrifizieren, digitalisieren und wachsen, setzt zugleich aber absolute Verbrauchsziele und behandelt Energie zunehmend als zu begrenzendes Problem. Energieeffizienz muss bedeuten, mit jeder Kilowattstunde mehr Wertschöpfung zu erzeugen – nicht weniger zu produzieren.

Der europäische Binnenmarkt ist kein Kraftwerk

Der europäische Stromhandel ist sinnvoll und stärkt im Normalbetrieb die Versorgungssicherheit. Aber Importe sind eine Ergänzung – kein Ersatz für ausreichend eigene gesicherte Leistung.

Deutschland hat keinen Anspruch darauf, dass Frankreich, Polen, die Niederlande, Österreich oder die skandinavischen Staaten jederzeit Überschüsse für uns bereithalten. Wenn Strom europaweit knapp ist oder unsere Nachbarn ihn für die eigene Industrie, Elektrifizierung, KI und Rechenzentren benötigen, gilt zuerst deren eigene Versorgung.

Interkonnektoren transportieren Strom. Sie erzeugen keinen.

Souveränität bedeutet nicht vollständige Autarkie. Sie bedeutet aber, bei den elementaren Grundlagen eines Staates im entscheidenden Moment selbst handlungsfähig zu bleiben. Wer gesicherte Eigenleistung abbaut und die entstandene Lücke dauerhaft durch Importe schließen will, hat seine Versorgungssicherheit nicht erhöht. Er hat seine Abhängigkeit ausgelagert.

Fehlende-Transparenz verunsichert

Befremdlich ist auch die bisherige Kommunikation. Nach den vorliegenden Fragen und Antworten sollte eine Veröffentlichung der Unterlagen zunächst unterbleiben, um „Verunsicherungen“ aufgrund der sensiblen Thematik zu vermeiden.

Doch Transparenz und Geheimnistuerei verunsichert.

Irritierend ist, wenn Unternehmen im Ernstfall innerhalb kürzester Zeit ihre Produktion reduzieren sollen, aber in die Vorbereitung nicht frühzeitig und offen einbezogen werden. Echte Krisenvorsorge

informiert, beteiligt und übt. Sie erklärt Kriterien, Zuständigkeiten und Abläufe, bevor eine Krise eintritt.

Krisenvorsorge kann nur mit den Unternehmen und der Bevölkerung gelingen – nicht hinter ihrem Rücken.

Klimaschutz wirkt global – Deindustrialisierung national

Auch die Europäische Union trägt Verantwortung. Emissionshandel, CO₂-Bepreisung, überambitionierte Zielpfade und immer neue regulatorische Vorgaben verteuern Energie und Produktion im internationalen Wettbewerb. Deutschland hat diesen Kurs national zusätzlich verschärft: mit einem früheren Klimaneutralitätsziel, nationalen Sonderwegen und der Abschaltung gesicherter Kraftwerksleistung.

Die deutschen und europäischen Klimaziele müssen deshalb an international abgestimmte Ziele, die tatsächliche technologische Verfügbarkeit und die wirtschaftliche Tragfähigkeit angepasst werden. Genau das hat auch die Vollversammlung der IHK Schwaben gefordert.

Deutschland kann das Weltklima nicht im Alleingang retten, aber seinen Industriestandort im Alleingang verlieren.

Klimaschutz wirkt global. Deindustrialisierung wirkt national.

Ein Klimaziel, das nur durch Stilllegung oder Verlagerung industrieller Wertschöpfung erreicht werden kann, ist weder wirtschaftlich noch klimapolitisch ein Erfolg. Produktion und Emissionen verschwinden nicht – sie wandern ab.

Schweigen ist keine Option

Jetzt sind Unternehmen, Wirtschaftsverbände, Kammern, Gewerkschaften und Arbeitnehmervertretungen gefordert.

Schon einmal wurde im Rückblick erklärt, aus Wirtschaft und Gesellschaft sei kein ausreichender Druck gegen weitreichende energiepolitische Entscheidungen gekommen. Diese Ausrede darf es kein zweites Mal geben.

Wenn die betroffene Wirtschaft die mögliche staatliche Zuteilung knappen Stroms als normalen Verwaltungsvorgang hinnimmt, wird genau das politisch zur Normalität.

Wer jetzt schweigt, hat jedes Recht verspielt, sich später über Produktionsstillstände, Investitionsverlagerungen, Werksschließungen und verlorene Arbeitsplätze zu beklagen.

Was jetzt geschehen muss

Erstens: Es darf keine weitere steuerbare und jederzeit verfügbare Kraftwerksleistung endgültig vom Netz gehen, bevor gleichwertiger Ersatz tatsächlich gebaut, angeschlossen und betriebsbereit ist. Erst Ersatz schaffen. Dann abschalten. Nicht umgekehrt.

Zweitens: Der Kohleausstieg muss überprüft und erforderlichenfalls verschoben werden, bis ausreichend gesicherte Ersatzkapazitäten vorhanden und Mangellagen verlässlich ausgeschlossen sind.

Drittens: Die Kraftwerks- und Kapazitätsstrategie muss beschleunigt, technologieoffen gestaltet und am tatsächlichen Bedarf einer Industrienation ausgerichtet werden. Alle Optionen zur gesicherten, bezahlbaren und CO₂-armen Erzeugung gehören auf den Tisch.

Viertens: Flexibilisierung darf nur freiwillige Ergänzung sein – niemals Ersatz für gesicherte Leistung oder Betriebsmodell einer Industrienation.

Fünftens: Die Sicherheitsplattform muss transparent, gemeinsam mit den betroffenen Unternehmen entwickelt und regelmäßig erprobt werden. Für den echten Krisenfall müssen Kriterien, Verfahren und der Umgang mit den wirtschaftlichen Folgen vorab rechtssicher geklärt sein.

Sechstens: Der weitere Ausbau wetterabhängiger Erzeugung muss marktwirtschaftlich, netzdienlich und mit Verantwortung für die entstehenden Systemkosten erfolgen.

Siebtens: Deutschland und Europa müssen ihre Klima- und Energiepolitik wieder am vollständigen Zieldreieck aus Versorgungssicherheit, Bezahlbarkeit und Nachhaltigkeit ausrichten und die Zielpfade an internationale Realitäten anpassen.

Strom muss jederzeit verfügbar sein. Das ist keine nostalgische Forderung, sondern die elementare Voraussetzung einer modernen Volkswirtschaft und staatlicher Daseinsvorsorge.

Die Sicherheitsplattform ist nicht die Ursache dieser Entwicklung. Sie ist das Protokoll einer Deindustrialisierung mit Ansage.

Man hat diesem Land die Energie genommen – im wahrsten Sinne des Wortes.

Es ist Zeit, sie ihm zurückzugeben.